

Bildung für Alle? – Ugandas Plan für Afrikas größte Flüchtlingskrise

Uganda – der Vorreiter in Sachen Flüchtlingspolitik

Madita Schulte, Verena Kasirye

Seit Jahren ist der Binnenstaat eines der größten Aufnahmeländer für Geflüchtete und bietet einen sicheren Hafen inmitten von Krisenherden, wie der Demokratischen Republik Kongo und dem Südsudan. Derzeit befinden sich geschätzte 1,4 Millionen Vertriebene in Uganda. 61 Prozent davon sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, weshalb sich die humanitäre Krise insbesondere auf die jüngste Generation auswirkt. Dies setzt das ohnehin schon an seine Grenzen stoßende Bildungssystem Ugandas zusätzlich unter Druck. Uganda richtet den Fokus in der Flüchtlingspolitik auf Bildung und entwickelte einen Plan, der international als erster seiner Art gilt und hoch angepriesen wird. Wie steht es also um die Bildung der Geflüchteten im Entwicklungsland Uganda, dessen Bürger sich selbst um die Bildung ihrer eigenen Kinder sorgen müssen?

Mehr als 1,2 Million Geflüchtete

Derzeit befinden sich laut Erfassung des *UNHCR*, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, rund 1.200.000 Geflüchtete in Uganda. Die geschätzte Zahl beläuft sich allerdings auf 1,4 Millionen, deren biometrische Erfassung noch andauert (Stand: 01.03.2018). Seit Jahrzehnten gilt das Land in Ostafrika als politisch vergleichsweise stabil und ist somit häufige Anlaufstelle für Menschen, die aus den krisengeprägten Nachbarländern fliehen müssen.

Geflüchtete aus sämtlichen Anrainerstaaten

Mehr als 800.000 Geflüchtete in Uganda kommen aus dem Südsudan, dem jüngsten Land der Welt, das seit dessen Unabhängigkeit im Jahr 2011 unter einem brutalen Bürgerkrieg und dessen Folgen leidet. Seit September 2018 schafft ein zweites Friedensabkommen Hoffnung und so rief die Regierung des Landes die Geflüchteten sogar dazu auf, in ihre Heimat zurückzukehren. Jedoch dauern die Kämpfe in manchen Teilen des Landes an, sodass Schutzsuchende davor zurückschrecken, die Heimreise anzutreten. Dass ein Friedensabkommen für die Menschen nicht gleich Waffenstillstand bedeutet, verdeutlichte eine Teilnehmerin eines interkulturellen Dialogs in der Rhino Flüchtlingsiedlung im Nordwesten Ugandas. Sie berichtete von dem „Krieg, der in ihrem Dorf andauert“ und bezeichnete die Rückkehr in den Südsudan als „Todesfalle“.

Die zweitgrößte Gruppe von Geflüchteten kommt aus der Demokratischen Republik Kongo (DRK), dem westlich gelegenen Nachbarland. Trotz aber auch gerade wegen seines enormen Ressourcenreichtums ist der Osten des Landes seit Jahrzehnten zerrüttet, wodurch die

Bevölkerung unter Kämpfen zwischen einer unüberschaubaren Anzahl an Rebellengruppen, Jugendbanden und dem Militär leidet. Zusätzlich fordern immer wiederkehrende Ausbrüche des Ebola-Virus ihre Todesopfer, so auch der jüngste Ausbruch des Virus, der seit August 2018 andauert. Allein für den Zeitraum von Mitte März bis Ende April hat die WHO die Anzahl der am tödlichen Virus Neuerkrankten auf 170 beziffert.

Rund 36.000 weitere Geflüchtete kommen aus dem konfliktgeprägten Burundi, das an Ruanda, Tansania und die DRK grenzt. Die umstrittene dritte Amtszeit des Präsidenten *Pierre Nkurunziza* und die von der burundischen Regierung ausgehenden Menschenrechtsverletzungen haben seit 2015 mehr als 300.000 Menschen in die Flucht geschlagen.

Unterkünfte verteilt im ganzen Land

Die Mehrheit der 1,2 Millionen Schutzbedürftigen, von denen rund 25% in der Hauptstadt Kampala leben, kommt dabei in von der Regierung organisierten Siedlungen unter. Zurzeit existieren 15 solcher Siedlungen, die meisten davon befinden sich in der Region Westnile im Nordwesten des Landes an der Grenze zum Südsudan und zur DRK. So machen Geflüchtete bereits 32% der Bevölkerung in den fünf Distrikten im Westnile aus. Die Siedlung Bidibidi beherbergt rund 224.000 der Geflüchteten, was sie zur größten Flüchtlingsiedlung Afrikas und zur zweitgrößten der Welt macht.

Die aufnehmenden Distrikte gehören zu den am wenigsten entwickelten Ugandas und die zunehmende Zahl von Geflüchteten fordert besonders das Bildungs- und Gesundheitssystem der Distrikte heraus, insbesondere da diese ohnehin mit wenigen Ressourcen ausgestattet sind. Verschärft wird die Situation in den Schulen durch die hohe und stets zunehmende Anzahl geflüchteter Kinder und Jugendlichen im Schulalter. Nach ugandischem Recht haben jene das gleiche Recht auf Bildung wie ihre ugandischen Mitbürger. Überfüllte Klassenzimmer, Mangel an fachkundigem Personal sowie Unverfügbarkeit von Schulmaterialien werden somit zu drängenden Herausforderungen für das ugandische Bildungssystem.

Ugandas progressives Flüchtlingsregime

Generell nimmt Uganda eine Vorreiterrolle für progressive, integrationsorientierte Flüchtlingspolitik ein. Das Land hat alle internationalen Abkommen, welche die Rechte von Geflüchteten untermauern, unterzeichnet und diese zusätzlich durch nationale Gesetze, wie den *Refugees Act 2006* und die *Refugee Regulations 2010*, gestärkt. Schutzsuchende haben das Recht zu arbeiten, sich frei im Land zu bewegen, ihren Wohnort individuell zu wählen und das Recht, auf dieselben Dienstleistungen wie die ugandischen Bürger zuzugreifen. Die ugandische Politik verfolgt dabei den *Self-Reliance-Ansatz*, der auf Selbständigkeit und Freiheit der Geflüchteten abzielt. Nach der Ankunft wird den Geflüchteten ein Stück Land zur landwirtschaftlichen Nutzung in von der Regierung organisierten Siedlungen zur Verfügung gestellt.

Trotz positiver Berichterstattung über Ugandas Flüchtlingspolitik nahm das Ansehen der angepriesenen Verfahren 2018 beträchtlichen Schaden. Untersuchungen der Vereinten Nationen zeigten: Flüchtlingszahlen wurden gefälscht und Hilfsgelder veruntreut. Die Regierung erschuf 300.000 „Geisterflüchtlinge“ und zweigte Hilfsmittel ab. In der Folge drohten internationale Geber, unter anderem die *Europäische Union*, ihre Gelder

einzufrieren. Daraufhin lenkte die ugandische Regierung ein mit der Folge, dass hochrangige Regierungsmitarbeiter ihre Posten verloren. Die Kooperation mit dem *UNHCR* in Form einer biometrischen Erfassung der Schutzsuchenden beruhigte die Lage. Trotz allem bleibt Uganda der von Schutzsuchenden meist frequentierte Staat auf dem afrikanischen Kontinent. Diese Flüchtlingsströme kann das vergleichsweise kleine Land nicht ohne weitere internationale Hilfe bewältigen. So forderte auch Kelly Clements, stellvertretende UN-Flüchtlingskommissarin, bei ihrem Besuch Anfang März internationale Solidarität für die Bemühungen Ugandas.

Schule als Schutz

In den letzten Jahren entwickelte das ugandische Ministerium für Bildung und Sport verschiedene Strategien, um auf die Flüchtlingskrise zu antworten und besonders auch die lokale Bevölkerung einzubeziehen. Eine der Strategien umfasst den *Education Response Plan for Refugees and Host Communities*, der weltweit erste seiner Art, der die Bildung sowohl für Geflüchtete als auch für die betroffene lokale Bevölkerung verbessern soll. Der Plan bekräftigt die internationale Rechtslage, in der das Recht auf Bildung zu den Menschenrechten zählt, insbesondere aber auch zu den Kinderrechten gemäß Art. 28 der *UN-Kinderrechtskonvention*. Ugandas Bildungsplan entlehnt seine Zielsetzung außerdem dem vierten Ziel der *Sustainable Development Goals* der *Vereinten Nationen*, welches „Bildung für Alle“ anvisiert.

Somit nimmt das Land die ökonomischen und sozialen Realitäten der Geflüchteten als auch der lokalen Bevölkerung wahr und unterbreitet einen einmaligen Ansatz, um sich der Lösung des Problems anzunehmen. Schule als Institution ist dabei besonders für Geflüchtete ein Anker – sie kann Schutz bieten und helfen Struktur, Routine und Normalität in den Alltag der jungen Menschen zu bringen. Dies ist besonders für Kinder, die vor Krieg und Konflikt fliehen mussten, von enormer Bedeutung. Zudem schafft Bildung Wissen und somit das Kapital, welches für den zukünftigen Aufbau von Strukturen in den Heimatländern der Geflüchteten notwendig ist.

Mehr als 500.000 Kinder haben keinen Zugang zu Bildung

Bedenkt man, dass Uganda selbst Entwicklungsland ist und das Bildungssystem von verschiedenen Seiten beklagt wird, stellt sich die Frage, inwiefern Uganda die Bildung der Flüchtlingskinder sichern kann, ohne dabei bereits niedrige Qualitätsstandards noch weiter absinken zu lassen.

Unzulängliches Bildungssystem

Bereits die lokale Bevölkerung steht vor Herausforderungen, wenn sie ihre Kinder auf die Schule schicken will. Zwar war die kostenlose und universelle Grundschulbildung eine der großen Errungenschaften Musevenis, jedoch fallen stets weitere bildungsbezogene Kosten an. Eltern stehen etwa in der Pflicht, Schuluniformen zu erwerben, Materialien anzuschaffen und entweder für die Kosten der Schulmahlzeiten aufzukommen oder ihre Kinder selbst zu verpflegen. Auch die Erreichbarkeit von Schulen ist in weiten Teilen des Landes nicht ausreichend gesichert, sodass weitere Transportkosten anfallen können. Ferner sinkt die Anzahl der gebührenfreien Schulen gleichsam mit deren Bildungsqualität. Wer seinem Kind Bildung ermöglichen will, muss von den öffentlichen Schulen mit Klassenstärken von bis zu

150 SchülerInnen absehen und sein Kind auf private, kostspieligere Schulen schicken. Dieses Ungleichgewicht schränkt den Zugang zur Bildung besonders für Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status ein.

Den Schulen fehlen zudem oft die Mittel zur Durchführung qualitativen Unterrichts, sodass stets Mangel an Schulmaterialien, Klassenräumen und gut ausgebildeten LehrerInnen herrscht. Außerdem haben die Schulen mit hohen Abbruchquoten zu kämpfen. Dies ist vor unter anderem auf frühe Schwangerschaften zurückzuführen, aber auch auf fehlende finanzielle Mittel der Eltern. In allen Schulen sind Schulmahlzeiten ein weiteres Problem, welche bezahlt werden müssen. Studien haben ergeben, dass kostenlose Schulmahlzeiten die Abbruchquoten senken, weshalb auch der derzeitige *Education Sports Sector Strategic Plan* der ugandischen Regierung dieses Problem angeht. Weitere Herausforderungen sind Geschlechterungleichheiten. So sind besonders Mädchen gefährdet Opfer von sexuellen Übergriffen und Gewalt zu werden und die Schule abzubrechen. SchülerInnen berichten zudem von Diskriminierung und körperlichen Strafen im Schulalltag, welche in Uganda rechtlich verboten sind. Um solche Probleme zu aufzudecken und die Schulen ausreichend zu kontrollieren, fehlt den lokalen Regierungen jede Menge Personal.

Verschärfung der Lage in den Aufnahmedistrikten

Besonders prekär ist die schulische Situation in Gebieten, die Geflüchtete aufnehmen. Mehr als 500.000 Kinder und Jugendliche in diesen Distrikten haben gar keinen Zugang zur Bildung. Von der lokalen Bevölkerung in den aufnehmenden Distrikten besuchen 34% der 520.000 Kinder im Schulalter keine Schule. Bei den geflüchteten Kindern ist der Anteil noch höher. In 8 Distrikten, die Schutzbedürftige aufnehmen, wurden Daten erhoben: von 616.000 Flüchtlingskindern im Schulalter haben 57% keinen Zugang zur Bildung.

Durch die enorme Zuwanderung in den letzten Jahren, die wahrscheinlich nicht in naher Zukunft nachlassen wird, sind die Schulen besonders überfüllt. Das durchschnittliche Schüler-Lehrer-Verhältnis in Aufnahmedistrikten ist mit 85:1 nahezu das Doppelte verglichen mit dem ohnehin schon hohen nationalen Durchschnitt, bei dem 43 SchülerInnen auf einen Lehrer kommen. Für Geflüchtete kommen sprachliche Barrieren hinzu. Insbesondere SchülerInnen aus der DRK oder aus Burundi haben aufgrund der Sprache Schwierigkeiten, sich in das ugandische Bildungssystem einzugliedern.

Eine weitere Herausforderung für die Schulen stellen Anerkennung und mangelnde Dokumentation von Schulabschlüssen aus den Heimatländern der Geflüchteten dar. Teils müssen Kinder, die bereits die Grundschule abgeschlossen haben, diese erneut in einer ugandischen Schule absolvieren und unter anderem die hohen Prüfungsgebühren zahlen, um eine weiterführende Schule besuchen zu dürfen.

Education Response Plan for Refugees and Host Communities

Damit Kinder und Jugendliche keine wertvollen Jahre der Bildung missen müssen, entwickelte das *Ministerium für Bildung und Sport* gemeinsam mit verschiedenen Stakeholdern aus Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) und Unterorganisationen der *Vereinten Nationen* einen Plan für die Verbesserung der Bildung von Geflüchteten und der lokalen Bevölkerung. Es ist der erste Plan dieser Art, der Lösungen für eine Krise enthält, in der mehr als eine halbe Million Kinder nicht zur Schule gehen. Dabei bringt er humanitäre

und entwicklungspolitische Ansätze zusammen. Der Plan wird in den 12 Aufnahmedistrikten von Anfang 2018 bis Mitte 2021 umgesetzt und hat zum Ziel, 676.000 Kinder pro Schuljahr einzuschulen. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf rund 395 Millionen US-Dollar. Das erste Jahr wird finanziert von dem *Education Cannot Wait Fonds*, einem globalen Fond für Bildung in Krisensituationen.

Maßnahmen, die der Plan umfasst, beginnen bei der Verbesserung der Infrastruktur und Erreichbarkeit von Schulen, etwa durch Errichtung neuer Klassenräume und durch Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen. *Emmanuel Obia Curuma* von *Windle Trust International*, eine der Durchführungsorganisationen, wies besonders auf Nachhaltigkeit und Berücksichtigung der lokalen Bevölkerung bei der Errichtung von Schulen hin. So baut *Windle Trust International* beispielsweise eine Schule am Rand einer Flüchtlingssiedlung, sodass auch Kinder aus der lokalen Bevölkerung die Schule erreichen können und die Schule weiterhin genutzt werden kann, sollten die Geflüchteten in ihre Heimat zurückkehren. Auch damit keine Spannungen zwischen den Gemeinschaften der lokalen und geflüchteten Bevölkerung entstehen, ist die Einbeziehung der ugandischen Bevölkerung bei der Umsetzung des Plans wichtig. Außerdem werden weitere Lehrer ausgebildet und angestellt sowie Unterrichtsmaterialien und Textbücher bereitgestellt. Schulinspektoren sollen den Distrikten zur Verfügung gestellt werden, um eine ausreichende Aufsicht über die Schulen zu stärken.

Wie ernst es der ugandischen Regierung um die Verbesserung des Bildungssystems für geflüchtete und einheimische Kinder ist, zeigt auch der *Education Sector Strategic Plan* für den Zeitraum von 2017 bis 2020. Der Plan zielt auf die generelle Verbesserung der Qualität von Schulen ab, wobei auch dieser Plan den Bedarf der Geflüchteten explizit hervorhebt.

Ausblick

Uganda steht vor großen Herausforderungen, das Bildungssystem zu verbessern und dabei nicht nur der Verantwortung gegenüber den Geflüchteten, sondern auch der eigenen ugandischen Bevölkerung gerecht zu werden. Die Ziele des *Education Response Plan for Refugees and Host Communities* sind hoch gesteckt. Über die Wirksamkeit des Vorhabens ließe sich allerdings, so *Emmanuel Obia Curuma*, nach einem Jahr noch keine Aussage machen. Zumindest bis Ende 2019, wenn alle Partner zur Zwischenstandskontrolle zusammenkommen, muss abgewartet werden.

Langfristig gesehen muss das ugandische Bildungssystem aber auch durch Rückkehr von Geflüchteten in ihre Heimatländer entlastet werden, sofern dies möglich ist. Dazu müssten jedoch Fluchtursachen bekämpft und die Konflikte in den Nachbarländern gelöst werden. Besonders im Krisenherd Südsudan gibt das Friedensabkommen zwar Hoffnung, jedoch bleibt abzuwarten, ob die Forderungen des Abkommens implementiert werden und die 64 verschiedenen Ethnien zusammenfinden.



Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Verena Kasirye-Büllesbach
Programmbeauftragte
Länderbüro Uganda
www.kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)